

Dr. Alois MOCK

**KONFLIKT IM "EHEMALIGEN JUGOSLAWIEN"
URSACHEN - NATUR - AUSBLICKE**

(Veröffentlicht bei "Commentaire", Paris, Mai - August 1993)¹

1.VORBEMERKUNG

Seit Juni 1991 herrscht mitten in Europa offener Krieg. Es handelt sich um einen echten, veritablen Krieg, wie er bis zuletzt kaum für möglich gehalten worden war. Er hat schon über 200.000 Menschen das Leben gekostet, Tausende zu Invaliden gemacht und Millionen in die Flucht getrieben. Die Anwendung bewaffneter Macht gegen die Bevölkerung hat keineswegs erst mit der massiven militärischen Reaktion der Jugoslawischen Volksarmee (JVA) auf die Unabhängigkeitserklärungen Sloweniens und Kroatiens am 25.6.1991 begonnen. Er hat vielmehr mit der stteten Eskalation der polizeistaatlichen Unter-drückungsmaßnahmen im Kosovo im

¹Veröffentlicht nach der freundlichen Genehmigung des österreichischen Aussenamtes

Zusammenhang mit der gewaltsamen Aufhebung der Autonomierechte dieser konstitutiven Provinz der jugoslawischen Föderation (ab 1987) sowie mit der Exekution einer umfassenden Strategie der gewaltsamen Abtrennung teilweise serbisch besiedelter Gebiete Kroatiens (ab Juli 1990) und Bosnien-Hrzegowinas (ab Sommer 1991) eingesetzt.

Die Frühphase des Konflikts wurde im übrigen Europa nur am Rande wahrgenommen, da der serbischen Führung gelang es lange Zeit hindurch, die von ihr gelenkten Geschehnisse als eine Art interne serbische, bzw. "interne jugoslawische" Angelegenheit darzustellen und zu verharmlosen. Dabei profitierte sie vom traditionellen Vertrauen der Welt in den Stabilisierungseffekt, der jahrzehntelang von Jugoslawien als Puffer zwischen dem Westen und dem Sowjetimperium ausgegangen war und dem Ansehen des Landes als blockfreier Staat, der noch dazu bis September 1991 Vorsitzland der Bewegung war. Daneben verwendete die serbisch-jugoslawische Führung mit Erfolg eine Rhetorik der beiden Weltkriege dieses Jahrhunderts, um die internationale Meinung mit Hilfe der von ihr praktisch exklusiv beherrschten Gesamtstaatsinstitutionen (wie z. B. das diplomatische Netz und die Nachrichtenagentur TANJUG) zu beeinflussen.

Ein Titelbild des "*Economist*" vom Juli 1991 illustrierte treffend die damals in Europa weitverbreitete, naive, fast pseudoromantische Empfindung des Geschehens: Es zeigte einen sauberen jugoslawischen Panzer vor einem blumengeschmückten Bauernhaus in der strahlenden Sommerlandschaft Sloweniens. Die Überschrift hieß schlicht und ironisch: "Krieg in Europa".

Inzwischen ist es der Welt klar geworden, daß dieser Krieg genauso blutig und schmutzig ist wie die meisten Kriege. Die große schwere Vernichtungsmaschinerie, die allein in serbische Hände gelangt, zerstört seither ungebremst täglich neue Dörfer und Städte. Die Zerstörungen sind unermesslich, ihre Folgen werden auf Jahrzehnte spürbar bleiben.

Wie konnte es zu diesem Krieg kommen, wieso zerfiel die "Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien" scheinbar unaufhaltsam in ihre Bestandteile? Hatte dieses Jugoslawien nicht - trotz aller inneren Kontraste und seiner Auslandschulden - eine passable wirtschaftliche und geistig-politische Ausgangsbasis? Welches sind die Gründe für die weitgehende Erfolglosigkeit der internationalen Bemühungen um eine Wiederherstellung des Friedens und eine gerechte Verhandlungslösung? Wie können Europa und die Welt positiv Einfluß nehmen? Ich werde im folgenden auf diese Fragen eingehen, wobei ich die politische Entwicklung Serbiens in den 80er Jahren bzw. den Zerfall des jugosl. Staates etwas näher beleuchten werde.

2.) DER HINTERGRUND DES KONFLIKTS

Das erste, königliche Jugoslawien der Karadjordjevic :

Beim Entstehen des südslawischen "Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen" 1918 war die gemeinsame Staatsidee unter den drei konstituierenden Völkern ziemlich unklar geblieben, eine demokratische Legitimierung für die Staatsgründung fehlte. Nachdem unvermeidlich hervortreten der Missverständnisse und Kontroversen während der bald folgenden serbischen Königsdiktatur in dem sich nunmehr "Jugoslawien" nennenden Staat prägte und Serben sein politisches Leben.

Das zweite Jugoslawien Titos:

Die während des 2. Weltkrieges blutig vertieften Gräben zwischen den Völkern wurden von der kommunistischen Nachkriegsdiktatur überdeckt oder - besser gesagt - unter den

Teppich gekehrt. Von einer auch nur halbwegs objektiven Aufarbeitung der Kriegsgeschehnisse konnte keine Rede sein, vielmehr wurde von den siegerischen Kommunisten auch auf ethnischer Basis, neues Unrecht zugefügt, die Bevölkerung ganzer Landstriche wurde ermordet, in Lagern interniert oder vertrieben. Ein öffentliches Eingeständnis solcher Schuld, zumindest durch die direkten politischen Nachfolger der seinerzeitigen Täter und eine umfassende und freimütige öffentliche Diskussion hat - im Unterschied zu ähnlichen Fällen in anderen Reformstaaten - im ehemaligen Jugoslawien ebensowenig stattgefunden wie im neuen, im April 1992 von Serbien und Montenegro gebildeten Staat.

Nach 1945 war die föderale Staatsstruktur des Mittens im Krieg im bosnischen Jajce ausgerufenen 2. kommunistischen Jugoslawiens mit seinen 6 Republiken (die historischen Länder Bosnien-Herzegowina und Montenegro wurden wiederbelebt, Mazedonien kam neu hinzu) anfangs aufgrund der dominierenden Rolle Titos und der Kommunistischen Partei ohne große Bedeutung. Erst allmählich, vor allem mit der proklamierten föderalen Verfassung von 1974, wanderten wesentliche Teile der Macht auch de facto in die Republiken und die zwei hinzugekommenen konstitutiven "Autonomen Provinzen" Vojvodina und Kosovo.

Titos Tod 1980 und die Folgen

Nach dem Tod Titos 1980 begann sich die jugoslawische Krise zu vertiefen. Einerseits fehlte die Autorität des verstorbenen Diktators, andererseits akzentuierte sich auch aufgrund Weltwirtschaftskrise der ökonomische Katzenjammer, der aber zum allergrößten Teil selbstverschuldet war: die politische Stabilität nach dem absehbar gewesenen Tod Titos war schon in den Jahren davor durch exorbitante Auslandsdarlehen erkaufte worden. Mit Hilfe einer geschickten Schaukelpolitik zwischen NATO und Warschauer Pakt hatte die kommunistische Führung die jugoslawische Armee

ohne Rücksicht auf die Kosten zu einer der hochgerüstetsten Armeen Europas ausgebaut.

Ohne Marktwirtschaft oder sonstige Leistungsanreize erwies sich Jugoslawiens Wirtschaft als unfähig, den Preis für die vielfältigen, bereits gelieferten Leistungen des Auslandes zu erbringen. Die Krise und die schmerzlichen Stabilisierungs- bzw. Sparprogramme der Führung wurden allerdings weiterhin durch Transferzahlungen jugoslawischer Gastarbeiter aus dem Ausland und die Deviseneinnahmen einzelner kompetitiver Industriezweige, vor allem aber durch die Fremdenverkehrseinnahmen entlang der Mittelmeerküste gemildert.

Jugoslawien zwischen 1989 und 1991: An der Kippe zwischen Evolution und Zerfall

Insgesamt hatte Jugoslawien in der zweiten Hälfte der 80-er Jahre noch reale Aussichten, die Krise in den Griff zu bekommen, indem der eingeleitete evolutive Wandel zu einem relativ liberalen Staat und zur Marktwirtschaft fortgeführt wurde. Auf dem Gebiet der Menschenrechte und Demokratie wurden regional teils echte Fortschritte erzielt. Tragischerweise wurden in der entscheidenden Phase ab ca. 1987 die Chancen auf ein wirtschaftliches "Abheben" von außer Kontrolle geratenen nationalen Ambitionen eingeht und begraben. Hiefür ist neben der vom kommunistischen System verursachten tiefen Wirtschafts-, aber auch moralischen Krise die regional völlig unterschiedliche Bereitschaft zu Demokratie und Toleranz verantwortlich. Ein weiterer entscheidender Grund für die schwere der ausgebrochenen Konflikte liegt in der Instrumentalisierung der überdimensionierten Armee durch eine einzige Nation. Nicht zuletzt fehlte - durchaus zur anfänglichen Überraschung derer, die Gewalt anwendeten - jede Bereitschaft der Staatengemeinschaft, eine Störung des Friedens in Europa effektiv zu verhindern.

Die Beziehungen Österreichs zu Jugoslawien in den 80er Jahre

Österreich hat sich angesichts der jugoslawischen Krise aufgrund seines natürlichen Interesses, von wirtschaftlich gesunden, möglichst der demokratischen Werte-gemeinschaft angehörenden Staaten umgeben zu sein, intensiv um eine positive Entwicklung und Konsolidierung Jugoslawiens bemüht. In der Zeit der relativen Liberalisierung Jugoslawiens Mitte der 80er Jahre hat sich mein Land imm Rahmen der EFTA nachrücklich dafür eingesetzt, Jugoslawien in den Genuß eines EFTA- Hilfsfonds nach dem Vorbild des seinerzeitigen EFTA-Fonds für Portugal gelangenn zu lassen und dabei sogar die Zurückhaltung anderer EFTA- Mitglieder überwunden. Jugoslawischerseits ist Österreichs Bemühen damals sehr geschätzt worden. Der kontinuierliche Besuchs Austausch auf Ebene der Regierungsschefs, Außenminister und der Fachminister bis in das Jahr 1991 dokumntiert unsere steten Bemühungen um Weiterentwicklung der guten bilateralen Beziehungen mit Jugoslawien und seinen Teilrepubliken. Parallel zum Aufschwung im bilateralen Handelsaustausch hat Österreich Ende der 80er Jahre die kulturell- wissenschaftliche Zusammenarbeit intensiviert. Die Zahl dr österreichischen Lektorn in Jugoslawien wurde vedoppelt, wichtige künstlerische Ausstellungen, vor allem in Belgrad, aber auch in Skopje und Laibach wurden durchgeführt und di Festlichkeiten im Zusammenhang mit dem Gedanken an den serbischen Sprachforscher Vuk Karadzic im Jahr 1987 bezogen in besonderer Weise Wien mit ein, wo dieser Gelehrte des 19. Jahrhunderts den Großteil seines Lebens verbracht hatte.

Das national-kommunistische Serbien Milosevics und der Kosovo

Aufgrund der weitreichenden Auswirkungen möchte ich im folgenden näher auf die entscheidende Entwicklungsphase der serbischen Politik eingehen:

1986/87 entzündete sich innerhalb der kommunistischen Partei Serbiens ("Bund der Kommunisten Serbiens") ein konsequenzenreicher Streit über die künftige politische Ausrichtung des Landes. Die serbische Akademie der Wissenschaften und Künste hatte ein längeres "Memorandum" über die Lage der serbischen Nation ausgearbeitet, welches am 24. September von einer Belgrader Tageszeitung auszugsweise veröffentlicht wurde. Seither haben die in diesem Memorandum enthaltenen Gedanken wesentlich die Politik der wenige Monate danach an die Macht gekommenen serbischen politischen Führung unter Slobodan Milošević geprägt. Beherrschende Grundlage des Memorandums ist die These, daß "seit den Zeiten der Komintern" eine Politik geführt werde, welche "das serbische Volk bedrohe". Ganz im Stil eines Verschwörungsmanifestes kommunistischer oder nationalsozialistischer Manier ist von "geheimen Koalitionen" zwischen Kroatien und Slowenien, einer "raffinierten, taktkräftigen Assimilierungspolitik der Serben in Kroatien", einem "physischen, politischen, rechtlichen Genozid an der serbischen Bevölkerung von Kosovo und Metochia" und von einer seit der Zwischenkriegszeit stattfindenden "wirtschaftlichen Ausbeutung und Plünderung Serbiens" die Rede. Der damalige, noch stalinistisch eingestellte Partichef Serbiens, Ivan Stambolic, hat die nationalistischen Gefahren des Memorandums klar erkannt und ausgesprochen. "Einige Wissenschaftler der Akademie" hätten "die Krise des Landes benutzt, um neben vieler offener Fronten auch noch ihre Front des nationalistischen Kampfes um die Macht zu eröffnen". Laut Stambolic hätte das Memorandum eigentlich "In Memoriam" heißen sollen und zwar als "Stoß in den Rücken Jugoslawiens, Serbiens, des Sozialismus, der Selbstverwaltung, der Gleichberechtigung und der Brüderlichkeit und Einigkeit".

Als nach einigen Monaten des Tauziehens innerhalb des Bundes der Kommunistischen Serbiens die Unterstützer des Memorandums die Oberhand behalten und die Parteiführung ausgetaucht hatten, ging deren neuer Chef, Slobodan Milosevic, mit Zielstrebigkeit daran, seine dem Memorandum entsprechenden politischen Ziele zu verwirklichen : Eine Rezentralisierung und eindeutige serbische Beherrschung der jugoslawischen Föderation bzw.- nachdem sich dies angesichts des Widerstandes der nördlichen Republiken als undurchführbar erwies - die Schaffung eines alle serbischen Siedlungsgebiete einschließenden großserbischen Staates.

Ab Mai 1987 setzte sich Milosevic an die Spitze einer serbischen Massenbewegung, welche die Ausschaltung der kommunistischen Parteiführungen des Kosovo und ein massives Vorgehen der Sonderpolizei gegen Demonstranten sowie die Verhängung von Sondermaßnahmen über den Kosovo² (was schließlich am 27.2.1989 geschah³ verlangten. Im Hinblick auf die manifeste Tendenz zur Gewaltanwendung sprach ich anlässlich meines letzten offiziellen Besuches in Belgrad im Mai 1988 den damaligen Außenminister Dizdarevic auf damals eingeleitete militärische Unterdrückungsmaßnahmen im Kosovo an. Dizdarevic versicherte mir, man sei sich bewußt, daß man dieses Problem "*politisch lösen*" (*Kursiv d. Red.*) müsse. Im Gegensatz dazu wurden jedoch in den folgenden Jahren die Repressionsmaßnahmen im Kosovo verschärft und die Selbstständigkeit der Autonomen Provinz Kosovo stufenweise durch einseitige, im Widerspruch zur jugoslawischen Verfassung stehende Maßnahmen eingeschränkt, die schließlich in der Auflösung des Provinzparlaments und der Provinzregierung durch das serbische Parlament am 5. Juli 1990 gipfelten.⁴ Damit war der Bruch mit der Bundesverfassung 1974 vollzogen und Jugoslawien aus den Angeln gehoben. Daß man im

²siehe Pressereaktionen

³siehe Pressereaktionen

⁴siehe Pressereaktionen

Falle Serbiens nicht von einer Sezession von Jugoslawien sprach, hatte seine Gründe in der Größe Serbiens, der doppelten Identität Belgrads als serbische und jugoslawische Hauptstadt und der erfolgreichen Monopolisierung des Begriffs " Jugoslawien " durch die serbische Führung, verbunden mit der faktischen Inbesitznahme der JVA und anderer gesamtjugoslawischer Institutionen.

Die neue serbische Verfassung vom 28. September 1990 war bereits auf die Existenz eines souveränen, selbständigen Serbien zugeschnitten und enthielt nur wenige Bestimmungen über das Verhältnis der Republik zur Föderation. Gemäß ihren Bestimmungen wurden die beiden Provinzen zwar einerseits de facto bloße Landsteile Serbiens, andererseits benützte jedoch die serbische Führung deren Stellung als formal konstitutive Elemente der jugoslawischen Föderation weiterhin als wertvolles Vehikel, um jede Belgrad nicht genehme Mehrheitsentscheidung im achtköpfigen Staatspräsidium zu verhindern: nach der Gleichschaltung auch Montenegros auf Milosevic- Kurs verfügte der "serbische Block" praktisch über vier Stimmen in diesem Gremium (Serbien, Vojvodina, Kosovo, Montenegro).

Österreich aktiviert die internationalen Sicherheitsmaßnahmen

Österreich hatte im Gefolge der schweren Menschenrechtsverletzungen und Unterdrückungsmaßnahmen im Kosovo und den dagegen gerichteten Protesten der Bevölkerung gemeinsam mit anderen Staaten die erste Stufe des KSZE-Mechanismus der menschlichen Dimension gegenüber Jugoslawien ausgelöst.⁵

Angesichts der verschärften Repression im Kosovo wandte Österreich am 8./ 9. Mai auch die Zweite Stufe des KSZE-

⁵siehe Pressereaktionen

Mechanismus der menschlichen Dimension (bilaterale Konsultationen) wegen der Menschenrechtssituation im Kosovo an. Bedauerlicherweise folgte kein einziges weiteres KSZE-Mitgliedsland dieser Initiative.

Nach dem Ende der KP füllt die serbisch beherrschte Armee das politische Machtvakuum und wird gegen Slowenien und Kroatien aktiv

Mit dem staatlichen Zerfallprozeß ging das Auseinanderbrechen der jugoslawischen KP einher: im Jänner 1990 war es beim 14. außerordentlichen " Kongreß der Kommunisten Jugoslawiens " zum Höhepunkt des Konflikts zwischen der serbischen Parteiorganisation und der slowenischen gekommen, welche an der Spitze der politischen Reformbestrebungen stand. Der grundsätzliche Richtungsstreit, der sich an der slowenischen Entschlossenheit zur Einführung einer echten, pluralistischen Demokratie entzündete, war durch das vehemente Eintreten Sloweniens für die Rechte des Kosovo und der albanischen Bevölkerung verschärf worden und hatte Ende 1989 zum Ausbruch der politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen Serbiens zu Slowenien geführt. Beim 14. Kongreß wurde die slowenische Parteiorganisation in den meisten ihrer Forderungen überstimmt und verließ hierauf den Kongreß, der im weiteren Verlauf vertagt und nie mehr fortgesetzt wurde. Damit war die Existenz der kommunistischen Partei, die im Jugoslawien Titos die Rolle des Integrationsfaktors ausgeübt hatte, beendet. Der Bund der Kommunisten Jugoslawiens hatte sich in seiner Gesamtheit als reformunfähig erwiesen. Es war deutlich geworden, daß sich der Demokratisierungsprozeß auf der Ebene der Teilrepubliken nicht auf die Bundesebene fortsetzte.

Somit war es bereits im Jahr 1990 offenkundig geworden, daß mit dem Zusammenbruch der bisherigen Verfassungsordnung (einseitige serbische Aufhebung der Autonomien / Juli 1989, Anzettlung von Unruhen in Kroatien / Juli 1990, serbische Wirtschaftsboykott Sloweniens ab Herbst 1989 bzw. Serbische Verfassung / Sept. 1990 und dem Ende der gesamtjugoslawischen KP der jugoslawische Staat in seiner bisherigen Form nicht aufrecht zu erhalten war. Serbien nutzte das entstehende Kräftevakuum zur

Konsolidierung seiner militärischen Position : Im Gefolge der ersten demokratischen Mehrparteienwahlen im April und Mai 1990 in Slowenien und Kroatien beschloß die nunmehr von Serbien beherrschte jugoslawische Staatsführung im Mai 1990 die Entwaffnung der slowenischen und kroatischen Territorialverteidigung. Diesem Schritt folgte die eigentlich Herauslösung serbisch besiedelter Gebiete der Republik Kroatien. Hierbei ging die serbische Führung zuerst in der Krajina und danach in Slawonien (ebenso wie später auch in Bosnien - Herzeowina) nach dem gleichen Schema vor : Schaffung eines Klimas von Unruhe und Furcht in den betreffenden Siedlungsgebieten, Bewaffnung der Angehörigen der serbischen Minderheit, Auslösen von Zwischenfällen, Entsendung serbischer Freischärler, Eingreifen der JVA, "um die Streitkräfte auseinanderzuhalten", Übernahme der Kontrolle dieser Gebiete durch die JVA, offenes Eingreifen der JVA in die Kampfhandlungen auf serbischer Seite, Vertreibung der kroatischen Bevölkerung. Der Zeitablauf war folgender: Juni 1989 - serbische Massenkundgebungen gegen die kroatische Verwaltung in Knin; Juli 1990 - Beginn der bewaffneten Revolte und Einrichtung einer eigenen serbischen Verwaltung in der kroatischen Krajina; Februar 1991 - serbischer Aufstand in Slowenien; 1. April 1991 - Erklärung des "Nationalrates" des "Serbischen Autonomen Gebietes Krajina" über die Vereinigung mit Serbien.

Während sich die Bevölkerung Sloweniens bereits am 23. Dezember 1990 mit überwältigender Mehrheit in einer Volksabstimmung für die Unabhängigkeit und Souveränität der Republik ausgesprochen hatte, fand die entsprechende Volksabstimmung in Kroatien erst am 19. Mai 1991 statt. Auch die Wähler Kroatiens stimmten mit klarer Mehrheit für die Selbständigkeit des Landes. Vier Tage davor hatte der "serbische Block" im jugoslawischen Staatspräsidium die Wahl des turnusmäßig von Kroatien stellenden Vorsitzenden dieses obersten Staatsorgans verhindert.

Erste internationale Friedensbemühungen

Spätestens ab diesem Stadium war der Bedarf einer Hilfsleistung der Staatengemeinschaft bei der Lösung der jugoslawischen Krise offenkundig. Ich habe daher Anfang Mai 1991 den **Vorschlag eines europäischen Weisenrates** gemacht, um eine friedliche und demokratische Lösung der Krise zu erleichtern und diesen anlässlich der KSZE - Ministerkonferenz in Berlin mit US-Außenminister Baker, dem ungarischen Außenminister Jesznsky und dem holländischen Außenminister Van den Broek rortet. Nach seiner Rückkehr aus Belgrad, wo er am 21. / 22. Juni im Anschluß an das Berliner Treffen weilte, teilte mir Außenminister Baker mit, daß mein Vorschlag für einen Weisenrat von der jugoslawischen Regierung abgelehnt wird. Bekanntlich ist die Idee dann nach dem Ausbruch der Krise in Slowenien in Form der Haager Konferenz sowie in der Bestellung von Lord Carrington als EG- Vermittler verwirklicht worden, doch war es dann schon zu spät. Auch die frühzeitig von Österreich geforderte, zunächst aber ebenfalls nicht realisierte Einschaltung der Vereinten Nationen in den Jugoslawienkonflikt erwies sich später als unvermeidbar.

Serbien geht zum offenen militärischen Kampf über

Als Anlaß für das massive militärische Vorgehen, welches inzwischen zum blutigsten Krieg in Europa seit Jahrhunderten ausartet ist, hat die serbische Führung bekanntlich die formale Inkraftsetzung der Unabhängigkeit Kroatiens und Sloweniens am **25. Juni 1991** gewählt. Dies erleichterte es, das eigene gewaltsame Vorgehen als " legitime Reaktion " darzustellen und internationalen Gegenmaßnahmen gegen diesen eklatanten Bruch der europäischen Friedensordnung vorzubeugen.

Aus dem Vorgesagten und der Chronologie der Ereignissen geht deutlich hervor, daß der Konflikt keineswegs etwa erst durch die ein halbes Jahr später erfolgte Anerkennung Sloweniens und Kroatiens ausgelöst wurde. Vielmehr bewirkte der Grundsatzbeschluss der EG vom 16. 12. 1991, dies Staaten ein Monat später anzuerkennen, daß Serbien am 2. 1. 1992 einem von C. Vance vermittelten Waffenstillstand zustimmte und damit die Voraussetzungen für die Ingangsetzung des Vance-Planes geschaffen wurden.

Nach österreichischer Ansicht waren die demokratischen Entscheidungen einzelner Republiken für Unabhängigkeit in dem konkreten Kontext zu respektieren, weil sie in überzeugender, demokratisch und friedlicher Weise und in Ausübung der von der jugoslawischen Verfassung eingeräumten Rechte erfolgten. Das österreichische Parlament und die österreichische Bundesregierung verurteilten mehrfach nachdrücklich die Gewaltanwendung der JVA gegenüber Slowenien und Kroatien und befürworteten die internationalen Friedensbemühungen.

Wesentlich für die Gesamtbeurteilung erschien auch, daß diese Entscheidungen erst aufgrund des gravierenden serbischen Verfassungsbruchs und angesichts der beharrlichen Weigerung Serbiens getroffen wurden., über die von Slowenien und Kroatien mehrfach vorgeschlagene Reform des Gesamtstaates ernsthaft zu verhandeln. Auch die Begegnungen der jugoslawischen Republikspräsidenten im Verlauf des Winters 1990 / 91 blieben erfolglos. Ende Mai sprach sich das kroatische Parlament schließlich für die Errichtung eines Bundes souveräner Staaten aus ; auch diesbezügliche Verhandlungen zwischen den Regierungen der sechs Republiken scheiterten.

Bosnien-Herzegowina als nächstes Objekt der groß-serbischen Strategie

Die vorläufig letzte Etappe der serbischen Strategie, die Eroberung der serbisch besiedelten Gebiete von Bosnien-Herzegowina (B-H), begann im September 1991 mit der Ausrufung mehrerer "Serbischer Autonomen Regionen" B-Hs, die sich am 9. Jänner 1992 in der "Republik der Serben in B-H" vereinigten. Kurz nach der von der EG als Bedingung für die Anerkennung des Staates genannten Volksabstimmung über die Unabhängigkeit B-Hs (29.2./1.3.1992), die von der Mehrheit der serbischen Bevölkerung boykottiert wurde, begannen die Kampfhandlungen zwischen Serben auf der einen und Moslems sowie Kroaten auf der anderen Seite. Am 4. April 1992 erklärte die "Republik der Serben in B-H" ihre Unabhängigkeit, zwei Tage später wurde die Republik B-H von der EG und den USA als unabhängiger Staat anerkannt. Mit Hilfe der in "Serbische Streitkräfte von B-H" umgewandelten Einheiten der JVA konnte die serbische Seite hierauf etwa zwei Drittel des Staatsgebietes von B - H unter ihre Kontrolle bringen.

Jedenfalls hätte sich B-H angesichts des serbischen Vorgehens auch im Falle einer Nichtanerkennung nur durch die völlige Selbstaufgabe vor der blutigen Tragödie retten können.

Milosevic hat somit wesentliche Teile seines Programmes de facto verwirklicht. Ausständig ist die formelle Vereinigung der eroberten Gebiete B-Hs und Kroatiens mit Serbien, die endgültige "Bereinigung" *Kosovo-Problems*" (Kursiv d. Red.) und möglicherweise analoge Schritte in der Vojvodina sowie ein Vorgehen gegen Mazedonien.

3.) NATUR DES KONFLIKTS

Serbiens Besessenheit vom Kampf um Territorien

Aus der ideologischen Grundlage und dem Ablauf des Konfliktes geht deutlich hervor, daß es sich dabei um ein sorgfältig kalkulierten Angriffs- und Eroberungskrieg Serbiens und Montenegros handelt. Am Kern vorbei gehen daher die immer noch verbreiteten Stereotypen vom Bürgerkrieg sowie die von der Belgrader Propaganda forcierte These des ethnischen oder religiösen Konfliktes. Gerade die Geschichte des Konfliktes in B-H unterstreicht, wie sehr dieser dem überwältigenden Teil der Bevölkerung durch die als verlängerter Arm Milosevics agierende Führung der Serbischen Demokratischen Partei (SDS), unter Führung des Psychiaters Dr. Karadzic aufgezwungen wurde.

Die Verstörung des Westens im Angesicht eines altmodischen Eroberungskriegs

Der Krieg in B - H wirft eine Fülle grundsätzlicher Fragen betr. die internationalen Sicherheitsmechanismen und die Fähigkeiten gerade der demokratischen Staaten auf, außerordentlich effizient und unbürokratisch zu begegnen.

Gleichzeitig stellt sich die Frage nach dem Funktionieren der Medien als wichtige, kontrollierende und korrigierende Säule der westlichen Demokratien. Immerhin ließen die Milizen der SDS in Sarajevo - vor den Augen der Fernsehkameras der Welt - Anfang April 1992 mit ihren Schüssen in Demonstrationen für den Frieden und das ungestörte Zusammenleben aller Volksgruppen des Landes keinen Zweifel daran, wo der Krieg wollte und wer ihn ablehnte. Dennoch kam es im Westen zu keinerlei Proteststurm oder zu Solidaritätsdemonstrationen wie dies bei wesentlich entfernteren bzw. weniger konkreten Friedensbedrohungen der Fall gewesen war.

Die Reaktion der internationalen Staatengemeinschaft auf die Vorgänge in Jugoslawien war durch mangelndes Verständnis der Zusammenhänge, Fehleinschätzung vorhersehbarer Entwicklungen und den Einsatz untauglicher Mittel zur Bekämpfung der Krise

gekennzeichnet. Die Haltung einiger europäischen Staaten war und ist darüber hinaus durch eine historische Freundschaft zu Belgrad sowie den Wunsch beeinflusst, mit Serbien als einem auch in Zukunft wichtigen Staat der Balkanregion eine besondere Gesprächsbasis zu erhalten.

Zu einem Zeitpunkt, als der Zerfall der SFRJ - für jedermann sichtbar - unausweichlich geworden war, trat die Staatengemeinschaft in ihrer überwiegenden Mehrheit für den "Erhalt von Jugoslawien" ein und brachte in unmissverständlicher Weise die Ablehnung "separatistischer Tendenzen" der nördlichen Republiken zum Ausdruck. Der von Slowenien und Kroatien im Oktober 1990 gemachte Vorschlag für eine Konföderation souveräner jugoslawischer Staaten, der noch am 6. Juni 1991 von Mazedonien und B - H in etwas abgeänderter Form wiederholt wurde, erhielt nicht die notwendige massive internationale Unterstützung, die ihm gegenüber der ablehnenden Haltung Serbiens zumindest den Funken einer Chance gegeben hätte.

US - Außenminister Warren Christopher hat in der ersten Erklärung der neuen US - Administration zum Konflikt, am 10. Februar 1993, von "Versäumnissen des Westens der letzten beiden Jahre" gesprochen. Dieser hätte mehrere Gelegenheiten zu einem rechtzeitigen, wirksamen Engagement verpaßt. Ein klares und frühes Signal hätte "wesentlich zur Verhinderung der Angriffe, des Blutvergießens und des *ethnic cleansing*" beitragen können.

Anstatt den Konflikt durch die sofortige Anerkennung Sloweniens und Kroatiens zu internationalisieren und dies mit einer glaubhaften Warnung an Serbien zu verbinden, daß ein gewaltsames Vorgehen gegen die neuen Staaten nicht akzeptiert werden würde, vermittelte die Staatengemeinschaft durch ihre Haltung in Belgrad den sicheren Eindruck, daß die groß- serbische Expansion unter dem Deckmantel einer Verteidigung des alten jugoslawischen Staates toleriert würde. Erst angesichts der von der serbischen Armee angerichteten Zerstörungen, der zahllosen Menschenopfer und sich häufender Berichte über systematische Verletzungen der

Menschrchte fanden sich die Regierungen über Druck der öffentlichen Meinungen und der Regierungen über Druck der öffentlichen Meinungen und der nationalen Parlamente dazu bereit, das Vorgehen Serbiens zu verurteilen.

Da die längere Zeit hindurch kein einziger Staat die Breitschaft zu militärischen Zwangsmaßnahmen zeigte, versuchte man der von Serbien ohne Rücksichtnahmen eingesetzten Gewalt mit diplomatischen und politischen Mitteln zu begegnen. Durch die fast täglich wiederholte Feststellung, daß ein militärisches Eingreifen nicht in Frage komme, begab sich die Staatengemeinschaft aber ihres wichtigsten Druckmittels für die Verhandlungen und nahm der serbischen Führung jeglichen Anreiz, von der gewaltsamen Verfolgung ihrer Ziele abzulassen. Wahrscheinlich hätte ein entschiedenes internationales Vorgehen in einem frühen Stadium, wenn nötig unter Einsatz militärischer Mittel, die Ausweitung des Konfliktes und seine bekannten tragischen Folgen verhindern können. Jdenfalls sind solche Maßnahmen mit jedem Monat des Zuwartens unvergleichlich schwwieriger und kostspieliger geworden.

Scheinkompromisse in den Konferenzräumen, Überlebenskampf vor Ort

Es rächt sich nun di gewisse Tendenz der internationalen Organisationen und insbesondere der multilateralen Diplomatie, slbst dann noch formale Kompromisse als Erfolg zu sehen und klaren Worten aus dem Weg zu gehen, wenn die Grundprinzipien der Staatengemeinschaft in Frage stehen und Zaudern für tausende Menschen den Tod bedeuten kann. Die unzähligen Stellungnahmen und Resolutionen der Vereinten Nationen (VN) im Zusammenhang mit dem Konflikt, in denen viel zu oft pinlich vermieden wurde, den Namen der Streitmacht zu nennen, welche die Verbote der VN mißachtet und zivile Ziele beschießt, kann nicht ohne Auswirkungen

auf das Denken und das Handeln in der realen Welt bleiben. Ein solcher Naturalismus, welcher einer uninteressierten, distanzierten Abscheu entspringt, scheint eine typische Schwäche unsres sogenannten *postmodernen Europa* (Kursiv d. Red.) zu sein, dem trotz oder sogar wegen seines Wohlstandes und dem nie gekannten Maß an Freizeit seiner Bürger Ziele und Orientierungen abhandeln kommen. Mit Formeln wie "*Das Schlachten aller gegen alle auf dem Balkan*" für welches "*jede der Kriegsparteien Schuld trägt*" (Kurs. d. Red.), wird das eigene Kopf-in-den-Sand-Stecken gerechtfertigt. Die Implizierung gleichmäßiger Schuld dient unbeabsichtigt dem Bstreben des Agressors, den Hergang des Konflikts zu vernebeln und im Westen die Furcht vor dem "Versinken im Balkansumpf" zu fördern. Die Opfer des Konflikts aber, welche ihre eigene Freiheit und das für Europa typische Prinzip der Vielfalt und kulturellen Durchmischung verteidigen, hätten wahrlich Anspruch auf eine entscheidendere, tatkräftigere Unterstützung Europas und der Welt verdient. Vukovar, Osijek, Dubrovnik, Sarajevo, Tuzla, Gorazde, Srebrenica, Bihac und die anderen, namenlosen Städte und Orte Kroatiens und B-Hs stehen für diese hohen europäischen Werte.

Trotz der täglichen Todesgefahr ihrer Redakteure erscheint weiterhin "Oslobodjenje", die wichtigste Zeitung Sarajewos, deren Titel bezeichnenderweise "Befreiung" bedeutet. Auch mehrere andere Zeitschriften setzen sich mit der schrecklichen Gegenwart intellektuell auseinander. Es geschieht dies im traditionell multikulturellen und toleranten Klima Sarajewos, alle Nationalitäten wirken im Fernehen und den anderen Medien zusammen. Ich Sorge mich um das Urteil, welches diese Menschen über Europa und die Welt fällen werden, welche nicht imstande sind, zumindest die Kanonn und die Scharfschützen, die täglich Tod und Zerstörung verbreiten, zum Schweigen zu bringen.

Was Kroatien anlangt, sccheinen viele zu vergessenn, wie schwer dieses Land durch den ihm aufgezwungenen Krieg in Mitleidenschaft gezogen ist. Ich erinere nur an die Kriegstoten und

die Zerstörung von Städten und Dörfern, die fortdauernde Okkupation von über einem Viertel des Territoriums, die permanente Bedrohung durch die übermächtige serbische Armee, die buchstäbliche Strangulierung des Landes an seiner engsten Stelle entlang der Nord - Süd - Straßenverbindung und -wahrscheinlich am schwerwiegendsten - die Bewältigung der Versorgung von 700.000 Flüchtlingen, von denen noch dazu der Großteil Staatsbürger von B - H sind.

4.) AUSBLICKE

Kein Frieden ohne eine grundlegende Änderung der Politik und Ideologie Serbiens

Naturgemäß können über die künftigen Entwicklungen im Konflikt auf dem Balkan keine seriösen Vorhersagen getroffen werden. Allerdings kann man mit Sicherheit annehmen, daß Milosevic nur mit Gewalt zu einer Änderung seiner bisherigen Politik zu bewegen wäre, sofern es ihm nicht gelingt, aufgrund einer geänderten Konstellation im Verhältnis der Mitglieder der Staatengemeinschaft auf "friedlichem Weg" Groß-Serbien zu verwirklichen. Auf eine solche Weise würden sich die Mittel ändern, das Ziel bliebe gleich! Das Belgrader Regim wird sein Ziel der Schaffung und Konsolidierung eines groß - serbischen Staates mit allenfalls variablen Mitteln weiterfolgen. Die gegen Serbien/Montenegro verhängten Wirtschaftssanktionen zeigen zwar trotz zahlreicher Durchbrechungen eine zunehmende Wirkung, von der naturgemäß in erster Linie die Masse der Bevölkerung betroffen ist. Ob dies zu dem erhofften Widerstand gegen Milosevic und sein Regime führen wird, erscheint angesichts einer gewissen serbischen Tradition, den "*Kampf gegen die ganze Welt*" (Kurs. d. Red.) als Teil des Schicksales des serbischen Volkes zu akzeptieren, ebenso wie mangels einer glaubhaften Opposition mehr als fraglich. Hinzu kommt die völlige Regierungskontrolle über das außerhalb Belgrads praktisch konkurrenzlose Schlüsselmedium Fernsehen.

Von großer Bedeutung für die Beeinflussung der serbischen Öffentlichkeit ist das vielfach in Gesten und Symbolen ablesbare Verhalten der Staatengemeinschaft gegenüber dem Land und seinem Regime. Die fast täglichen Fernsehbilder von westlichen Staatshäuptern und führenden Politikern, welche - auch ohne zwingenden Zusammenhang mit dem sogenannten "Verhandlungsprozeß" - nach Belgrad reisen und mit oft strahlender

Miene Hände schütteln, verfestigen bei der Bevölkerung Serbiens die Überzeugung, daß sei bei Milosevic letztlich doch gut aufgehoben ist, die internationalen Verurteilungen und Sanktionen nur der momentanen, "gegen Serbien verschworenen" Mächtekonstellation entspringen und man nur noch durchhalten müsse, bis in Moskau endlich wieder "die Freunde Serbiens" das Sagen haben.

Österreichs Interesse an einer Freundschaft mit Serbien

An dieser Stelle möchte ich unterstreichen, daß die Regierung und die Bevölkerung Österreichs grundsätzlich an der Wiederbelebung der bis vor kurzem intensiven und freundschaftlichen Beziehungen mit Serbien und Montenegro bzw. dem serbischen Volk interessiert sind. Ich habe nie Zweifel daran gelassen, daß Österreich dem serbischen Volk positiv gegenübersteht und die freundschaftlichen Beziehungen mit ihm weiter entwickeln möchte. Selbstverständlich sind die Rechte der serbischen Volksgruppe außerhalb Serbiens, insbesondere auch in Kroatien, zu respektieren; Österreich hat sich stets in diesem Sinne geäußert und insbesondere auch auf die Notwendigkeit der Gewährleistung politischer Rechte für **alle** Minderheiten verwiesen.

Ich habe mich während des gesamten Verlaufs der Krise ständig bemüht, Kontakt zu führenden serbischen Politikern (wie Außenminister Jovanovic) zu halten und auch solche Persönlichkeiten empfangen, die uns sehr kritisch gegenüberstanden. Ministerpräsident Panic hat mich am 21. Oktober 1992 besucht. Der serbische Parlamentspräsident Bakocevic und der montenegrinische Außenminister Samardzic waren Gäste in Wien und hatten u.a. Gelegenheit, ihre Standpunkte in ausführlichen Fernseh-interviews der breiten österreichischen Öffentlichkeit näherzubringen.

Die Kritik, welche von Österreich bereits zu einem frühen Zeitpunkt gegenüber dem gewalttätigen Vorgehen der Belgrader Führung geäußert wurde, widerspricht keineswegs dem konstanten Willen Österreichs zur guten Nachbarschaft mit Serbien. In Wahrheit liegt es im wohlverstandenen, langfristigen Interesse der Serben selbst, aus der momentanen Verirrung, in welche sie eine ebenso skrupellose wie geschickte und vorläufig scheinbar erfolgreiche Führung hineinmanövriert hat, möglichst schnell herausgeführt zu werden. Auch in Österreich sind in diesem Jahrhundert bereits einmal sehr viele Menschen von den Verlockungen eines, vermeintliche Größe und Glorie versprechenden, gewalttätigen Regimes verführt worden. Umso mehr wäre es den Serben, einem im täglichen Leben für Hilfsbereitschaft und Herzlichkeit bekannten Volk, zu wünschen, daß es das ihm bevorstehende Trauma des Übergangs zu einem normalen Leben mit einem Nachbarvölkern möglichst unblutig meistert und rasch die Persönlichkeiten, die ihm hierfür den Weg zeigen können, aus seiner Mitte hervorbringt. Tatsächlich müssen die Serben - nicht unähnlich dem russischen Volk - den Verlust eines größeren Staates, um nicht zu sagen Imperiums, mit allen damit verbundenen Frustrationen und Empfindungen des Zurückgesetzseins verkraften. Die Länder und Völker Europas können ihm diesen Übergang zu einer Existenz mit gleichen Pflichten wie alle anderen erleichtern, aber nicht ersparen, genauso wie ein Sichentledigen jeder Verantwortung undenkbar ist.

Ein Frieden ohne internationalen Zwang bleibt Illusion

Die Aussichten für eine friedliche Entwicklung in B - H sind gering. Die gegenwärtigen Friedensverhandlungen vermitteln wenig Hoffnung auf eine dauerhafte Lösung des Problems. Weitere Kampfhandlungen erscheinen wahrscheinlich und die VN- Truppen könnten in dis hineingezogen werden. Damit würde das eintreten,

was die Staatengemeinschaft durch die Absage an ein militärisches Eingreifen vermeiden wolle.

Weder Milosevic noch irgendein anderer serbischer Politiker wird sich ohne massiven internationalen Zwang im Kosovo zu einer auch der albanischen Bevölkerung zumutbaren Kompromisslösung bereitfinden. Es muss damit gerechnet werden, dass sich der derzeitige Zustand der Untdrückung in einen offenen Konflikt verwandelt., sobald Serbienn von seiner derzeitigen Politik des "*schleichenden ethnic cleansing*"(Kurs. d. Red.) zu großangelegten Gewalttätigkeitenübergehen sollte oder die bestehende, auf eine friedliche Lösung bauende albanische Führung des Kosovo durch extremere Elemente ersetzt wird. Seit dem Wahlerfolg des ultranationalistischen serbischen Politikers Seselj, in dessen Programm die Vertreibung der Kosovo-Albaner steht, hat die serbische Politik ein zusätzliches Element der Unberechenbarkeit erhalten.

Welche Maßnahmen sollte die Staatengemeinschaft ergreifen ?

Grundsätzlich bleiben hinsichtlich der weiteren Maßnahmen der internationalen Ge-meinschaft solche zur Beendigung der Kampfhandlungen und zur Durchführung humanitärer Aktionen zur Rettung der bedrohten Zivilbevölkerung prioritär. Um diese Ziele zu erreichen, die sich aus der Satzung der VN ergeben und welche durch die Londoner Konferenz im August 1992 für den konkreten Fall bekräftigt und präzisiert worden sind, ist ein energisches Vorgehen der Staaten, einschliesslich von Zwangsmaßnahmen, ebenso notwendig wie unvermeidbar. Hiebei müssen nicht neue Maßnahmen beschlossen, sondern lediglich die bereits vom Sicherheitsrat (SR) getroffenen Entscheidungen sowie die Beschlüsse der Londoner Konferenz durchgesetzt werden.

Hiezu gehört vordringlich die Beendigung des Beschusses von Städten wie Sarajewo durch schwere Waffen und die

Stationierung von VN - Truppen an den Grenzen von B - H zur Unterbindung des militärischen Nachschubes für die serbischen Verbände aus der " Bundesrepublik Jugoslawien ". Die von mir wiederholt vorgeschlagene Einrichtung von militärisch gesicherten Schutzzonen sollte rasch angegangen werden, um die Zivilbevölkerung vom Tod durch Kampfhandlungen, Hunger, Krankheiten und Kälte zu retten und zumindest in den geschützten Zonen die weitere Vertreibung ethnischer Gruppen zu verhindern. Es muss klar sein, dass man nur dann von einer echten Schutzzone sprechen kann, wenn deren Sicherheit notfalls auch mit Waffengewalt garantiert wird. Analogaes gilt für sämtliche humanitäre Hilfslieferungen der VN. Auch hier bedarf es keinerlei zusätzlicher Normen, die SR- Resolution 770 vom 13. August 1993 ruft die Staaten bereits zur Ergreifung " aller notwendigen Maßnahmen zur Erleichterung der Lieferung von Hilfsgütern" auf..

Auch die fehlende Implemeentierung des Vance- Plans für Kroatien, welcher Anfang 1992 vom SR beschlossen wurde und die Bemilitarisierung der serbisch besetzten Gebiete Kroatiens sowie die Rückkehr der Vertriebenen vorsieht, bringt Anlaß zu größter Sorge. Der Ausbruch neuerlicher Kampfhandlungen wird nur dann verhindert werden können, wenn endlich substantielle Fortschritte, vor allem hinsichtlich der vorgesehenen Entwaffnung der paramilitärischen Einheiten und der Rückkehr der Vertriebenen, erzielt werden.

Schließlich sollte auch einigenn anderen Bereichen verstärkte Aufmerksamkeit gewidmet werden. Hierzu zählt insbesondere die Frage der Betreuung und vorläufigen gesellschaftlichen Eingliederung von Flüchtlingen aus B - B in den Zufluchtsländern, wirtschaftliche Hilfsmaßnahmen für die von der Flüchtlinswelle besonders betroffenen Staaten, ein Ausgleich für die teils gravierenden, negativen Auswirkungen, die für die Staaten der Region durch die Implementierung der VN- Sanktionsmaßnahmen gegen Serbien / Montenegro entstehen und - nicht zuletzt - Maßnahmen zum Schutz der existentiell bedrohten Medien in B - H,

dem Kosovo und der Vojvodina sowie generell zur Förderung objektiver Informationen in den staatlichen Fernsehanstalten und Druckmedien des Raumes.

Die Gefährlichkeit der These vom " Ausbrennenlassen des Konflikts "

Die Alternative zu sofortigen, umfassenden Maßnahmen der Staatengemeinschaft wären künftige, noch wesentlich mehr im militärischen Bereich angesiedelte und gegenüber einem früheren Zeitpunkt wesentlich teure Maßnahmen. Sollte noch längere Zeit keine wirksame Eindämmung des Konflikts von außen unternommen werden, drohen u. U. weitere Ausuferungen der Kämpfe mit einer Multiplikation negativer Folgen : dert immer wieder gehörten These,man müsse den Konflikt bloß " ausbrennen lassen ", möchte ich sehr ernstlich entgegenhalten, daß jedes " Weiterbrennen " u. a. die Gefahr eines Wiederauflommens des serbisch-kroatischen Krieges, die Vertiefung der kroatisch-moslemischen Konflikte in Bosnien-Herzegovina (u. a. mit zunehmender Rohheit in den Auseinandersetzungen und der Weiterausbreitung des ursprünglich von Belgrad forcierten ethnic cleansing, z. B. nunmehr auch von bosnisch-herzegowinischen Kroaten gegen Moslems in Mostar), sowie das Übergreifen der Kriegshandlungen auf den Kosovo und die Einbeziehung zumindest Albaniens und Mazedonien in sich birgt. Dis könnte zu einer humanitären Tragödie und einer weitreichenden Verwicklung von zusätzlichen Staaten führen, welche ganz Europa unmittelbar betreffen würde Die negative Beispielswirkung für andere drohende Konflikte, vor allem in Teilen Osteuropas und der hem. Sowjetunion, könnte dort den Ausbruch weiterer Brandherde begünstigen.

Bosnien - Herzegowina als Testfall für die Friedenordnung und als Symbol des Miteinanders von Völkern und Religionen

Die gewaltsame Beseitigung der Republik Bosnien-Herzegowina, eines Mitgliedsstaates der KSZE und der VN, entgegen allen wiederholten Zusicherungen und Verpflichtungserklärungen der internationalen Staatengemeinschaft, hätte unabsehbare negative Folgen für die Glaubwürdigkeit der internationalen Sicherheitsmechanismen, der Staatengemeinschaft und ihrer Organisationen sowie der gemeinsamen Werte, zu denen wir uns in der Charta von Paris feierlich bekannt haben.

Ein Verschwinden der moslemischen Nation als konstitutives Element von B - H würde die Gefahr des Heranwachsens einer fundamentalistischen islamischen Bewegung im Südosten Europas bzw. unter der bosnischen Diaspora mit allen dazugehörigen Implikationen erhöhen. Es sollte uns klar sein, daß Europas Gedeihen auch von einem konstruktiven Miteinander mit seinen Nachbarn an den anderen Ufern des Mittelmeers mit seinen Nachbarn an den anderen Ufern des Mittelmeers und in den anderen Regionen unserer immer kleiner werdenden Welt abhängt.

Umso bedenklicher sind die im VN - SR erkennbaren Tendenzen zu einer neuen Art von Blockbildung in den Debatten und Abstimmungen betr. den Balkan- Konflikt. Die Schärfe dieser Diskussionen unterstreicht die besondere, vielfach symbolische Bedeutung, die der an sich strategisch und wirtschaftlich nicht ausserordentlich wichtigen Balkanregion international zukommt. Grund hierfür ist neben ihrer relativ zentralen Lage in Europa die strategische Rolle dieses Gebiets in den beiden Weltkriegen, vor allem aber das Zusammentreffen der wesentlichen kulturellen und religiösen Sphären Europas und des Nahen Ostens auf engem Raum. Erst jetzt werden wir uns bewußt, daß besonders B-H ein faszinierender, wenn auch prekärer Testfall für ein auf Toleranz gebautes prosperierendes Zusammenleben der Menschen unseres Kontinents war und weiterhin sein könnte. Insofern werden heute mitten am Balkan die Weichen für die Zukunft unserer Generation und wohl auch nachfolgender Generationen gestellt. In diesem Sinn sind wir alle in gewisser Hinsicht Bosnier und wären schon

deswegen gut beraten, uns für dieses Land, ebenso wie für den Frieden und die Prosperität der gesamten Region, wie "in eigener Sache" zu engagieren.